

Sächsische Volkszeitung

Ercheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abgabe A mit „Die Zeit in Wort und Bild“ vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Hoken 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,52 M.; in Oesterreich 4,43 K.
Abgabe B ohne Illustrirte Beilage vierteljährlich 1,80 M. In Dresden durch Hoken 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,22 M.; in Oesterreich 4,07 K. — Einzel-Pr. 10 J.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Insertate werden die gewöhnliche Zeitzeile oder deren Raum mit 15 J. Reklamen mit 50 J. die Zeile berechnet, bei Wiederholungen entsprechendes Rabatt.
Wachsenderei, Nebelaktion und Geschäftsbüro: Dresden, Wilmiger Straße 43. — Preisprophet 1366
Für Rückgabe unterlangt. Schriftstöße keine Verantw. d. Redaktion. — Preisprophet 1366

„Rote“ Presse gegen „rote“ Gewerkschaften.

Die korrekte Erledigung des Zwistes im Berliner Zeitungsgewerbe durch den Vorstand des „freien“ Buchdruckerverbandes sowie die Willigung des Verhaltens desselben durch die Gauleiter ist für den radikalen Teil der soz.-dem. Parteipresse Veranlassung gewesen, die Mitglieder gegen den Vorstand scharf zu machen. Nicht ohne Erfolg, wie Versammlungen in Berlin und Leipzig leider gezeigt haben. Eine Aufwiegelung der Gewerkschaftsmitglieder gegen ihren Verband ist aber der Tod jeder Gewerkschaftszucht und der schlimmste Feind für eine ruhige gewerkschaftliche Arbeit. Und dem Vorstände des Buchdruckerverbandes mußte dieses gewerkschaftsschädigende Treiben sozialdemokratischer Verradikalinsis um so ungelegener kommen, als im Buchdruckergewerbe die Erneuerung des Tarifvertrages vor der Türe steht, bei welcher Gelegenheit nichterstes gewerkschaftliches Wägen und Gewerkschaftszucht ganz besonders geboten und am Plage sind.

Gegen das Treiben der „roten“ Presse hat nun der Verbandsvorstand im „Korrespondent“ sich energisch zur Wehr gesetzt. Unterstützung hat er dabei namentlich vom Organ des „roten“ Bauarbeiterverbandes, dem „Grundstein“, erhalten, der in seiner Nummer 29, sich gegen die Parteiblätter wendend, mit aller Deutlichkeit schreibt:

„Wir betrachten es nicht allein als eine Pflicht der gesamten Gewerkschaftspresse, gegen diese nichtswürdigen Beschimpfungen den nachdrücklichsten Einspruch zu erheben, sondern sind der Meinung, daß, wenn die örtlichen Aufsichtsinstanzen jener Blätter versagen, der Parteivorstand sich veranlaßt sehen sollte, die betreffenden Redaktionen zur Ordnung zu rufen. Wo soll das hinaus? Wir lassen keine Gelegenheit vorübergehen, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Partei näher zu bringen, sie zum Leiden der Parteipresse zu bewegen, und dann sollen sich die Gewerkschaften von derselben Presse, für die sie wirken, solche Beschimpfungen gefallen lassen? Es ist gewiß nichts gegen eine Kritik zu sagen, die sich zur rechten Zeit und am rechten Ort um die Förderung der Sache bemüht. Aber ist dies überhaupt noch Kritik? Sicherlich nicht; hier war nichts weiter der Wunsch, als zu beleidigen und zu verleihen. Davor sollten die Gewerkschaften doch wohl geschützt sein.“

Man kann es dem „Grundstein“ nachempfinden, wie bitter es sein mag, für all die Zuträgerdienste und Gefälligkeiten, die die „freie“ Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei erweisen, nachträglich von roten Parteiblättern mit Beschimpfungen und Prügelein bedacht zu werden. Der Unmut über diese entwürdigende Behandlung ist es daher auch wohl, der dem „Grundstein“ zu nachstehenden Offenheiten bewegt:

„Aber dieser Fall rückt auch etwas anderes ins Licht, nämlich den Abstand, der sich zwischen der gewerkschaftlichen Praxis und dem größten Teile der sozialdemokratischen Tagespublizistik aufgetan hat, und der leider gar keine Miene macht, wieder zu verschwinden, sondern im Gegenteil immer größer wird. Bei jeder neuauftauchenden Frage offenbart sich dieser Abstand. In diesem Falle zeigt sich, daß die letzten sechs bis acht Jahre der Entwicklung des Tarifwesens an dem Teile der Parteipresse, den wir hier

im Auge haben, ganz spurlos vorübergegangen sind. Die Probleme, die mit dieser Entwicklung kamen, die uns in den Gewerkschaften aufs erstbeste beschäftigten, weil sie von weitreichenden Konsequenzen für das ganze Wesen der Organisation sind, haben dort so gut wie gar keine Beachtung gefunden, sind sicher nicht auch nur annähernd gebührend gewürdigt worden. Man steht dem Wesen des Tarifvertrages, besonders in seinen entwickelteren Formen, mit sehr geringem Verständnis gegenüber, und was noch schlimmer ist, man will einsehend auch nicht zum Verständnis dieser bedeutungsvollen Erscheinungen kommen. Die skandalösen Hürleien der beiden genannten Blätter (Solingen und Elberfeld. Red. d. „Sozialpolit. Worr.“) sind zwar in ihrer Form Ausnahmen, aber der Geist, aus dem sie geboren sind, herrscht auch noch in mancher anderen Zeitung, die sich zwar in der Form weniger schroff ausdrückt, der aber ebenfalls die Straft zum Erkennen der Notwendigkeiten fehlt. Diese Tatsachen sind uns nicht erst heute zum Bewußtsein gekommen, aber sie mußten jetzt einmal ausgesprochen werden.“

Diese Ausführungen bestätigen das, was über die Wertung des Tarifvertrages auf Seiten der Sozialdemokratie auch an dieser Stelle wiederholt gesagt worden ist. Die letzten Ausführungen des „Grundsteins“ werden dann vom „Korrespondent“ (Nr. 28) eigens noch einmal unterstrichen, indem er sich vernehmen läßt:

„Es ist genugsam bekannt, daß gerade in den Redaktionen der radikalen Parteiblätter häufig Leute sitzen, die verdammt wenig vom Gewerkschaftswesen verstehen, geschweige denn vom Tarifvertrage und seinen Problemen, die aber dessen ungeachtet ihre Feder in Bewegung setzen, wenn „etwas los“ ist. Die Gewerkschaften sind keine Freunde der Politik des umgedrehten Spieges; wären sie das, könnten sie oft genug ein Wörtlein dreinsprechen, wenn die Schlachten zwischen Revisionismus und Radikalismus geschlagen werden. Weil sie sich aber bei solchen Schwierigkeiten innerlich der sozialdemokratischen Partei passiv verhalten, verlangen sie im umgekehrten Falle die gleiche Reife, ein ebenbürtiges Verhalten.“

Das ist es aber eben, wozu sich die radikalen Parteiblätter niemals verstehen wollen. Sie fühlen sich in der Rolle der Behüter der „Reinheit der Arbeiterbewegung“, und wo sie diese bedroht vernehmen, da spielen sie sich als Vormund der Gewerkschaften auf, glauben diesen gute Lehren geben zu dürfen, und wenn letztere von den Gewerkschaftsvorständen nicht willig akzeptiert werden, dann gibt's noch ein Mittel, dies zu machen. Die Mitglieder werden dann gegen die „Arbeitervertreter im eigenen Lager“ scharf gemacht. Daß diese Gewerkschaftsbevorzugung und Gewerkschaftsbegehr von den leitenden Streifen recht unliebsam empfunden wird, kann man sich leicht denken. Und oft mag in ihnen wohl der Wunsch laut geworden sein, hätten wir was doch mit der Partei nicht so weit eingelassen. Aber das ist nun einmal gegeben; ein Zurück gibt's nicht mehr. Und deshalb wird den leitenden Streifen nichts anderes übrig bleiben, als das anzufressen, was sie sich eingebrockt haben und sich mit den Situationen abzufinden, so peinlich sie ihnen sein mögen. Das ist das Schicksal, das sie sich selbst aroch gezogen haben!

sozialen Rainers Oberhirten fand. Die sozialdemokratischen Streife, Laffalle an der Spitze, reklamierten den Bischof als ihren Mann, die Liberalen verdrängten ihn als gewöhnlichen Demagogen und zugleich als mittelalterlichen Missetäter. Die christlichen Sozialpolitiker aber wuchsen allmählich in das richtige Verständnis der kettelerischen Gedanken hinein, arbeiteten auf dem Fundamente weiter und hatten schließlich die Genugtuung, daß der soziale Gesetzbau des Deutschen Reiches immer mehr in kettelers Stile sich erhob.

Kaum hatte die Arbeiterfrage und das Christentum die Presse verlassen, da betrat am 23. Mai 1864 Lassalle in Ronsdorf bei Parnum auf dem ersten Arbeiterfestungsseste als Festredner mit der bischöflichen Broschüre in der Hand die Bühne und nachdem er gegen den Nationalverein und die Schulze-Dehlig'scher sich ergangen, fuhr er fort: Endlich hat auch ein rheinischer Kirchenfürst nicht mehr gekonnt, auch der Wahrheit Zeugnis zu geben. In einem Buche: „Die Arbeiterfrage“ (die Worte „und das Christentum“ ließ der schlaue Redner fort) teile derselbe vollständig seine Ansichten. Unter Lob auf die Gelehrsamkeit und den Scharfsinn des Bischofs las er längere ihm zuzugende Stellen vor, ja er geriet dabei ganz in Ekstase die Zuhörer sollten anhaltenden Beifall, eine Stimme rief sogar: der Bischof von Mainz lebe hoch! Aber auch nicht eine Stimme ließ sich hierauf vernehmen. Das Bedenken des Bischofs gegen Lassalles Vorschläge, daß die Arbeiter durch Ueberstürzung die ganze Sache verderben könnten, sei unbegründet, da die Arbeiter selbst zu einsichtig seien; das andere Bedenken, ob die Staatshilfe als Eingriff in das von Gott gewollte Privateigentum erlaubt sei, bestehe für ihn und die Versammlung nicht, da sie ja nicht an die Götlichkeit des Privateigentums glaubten, dazu müsse man

Politische Rundschau.

Dresden, den 31. Juli 1911.

— Die Marokkofrage. Der Kaiser hat die Vorträge des Reichsfanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes über die Marokkofrage entgegengenommen und sich mit sämtlichen Maßnahmen einverstanden erklärt; er hält insbesondere daran fest, daß Deutschland ausreichende Kompensationen zu geben seien, und daß eine kleine Grenzregulierung nicht dazu gehört. Auch auf Seiten Frankreichs ist man nun entgegenkommender. England hat also seine Krämpfe umsonst ausgespielt. Bismarck sagte am 6. Febr. 1888: „Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden — vielleicht zu leicht — aber durch Drohungen ganz gewiß nicht.“ „Ein Appell an die Furcht“, sagte 1868 derselbe Staatsmann, „findet in deutschen Herzen niemals ein Echo“. Weder die Engländer noch die Franzosen mögen sich darüber täuschen, daß diese Bismarckschen Worte heute für das Deutsche Reich ebenso gelten wie vor 23 und 43 Jahren. Sie sollten auch nicht verkennen, daß sich im Laufe der Jahrzehnte ein Vorrat an Groll und Bitterkeit gegen die großbritannische Politik und gegen die wachsenden französischen Anmachungen aufgehäuft hat, der in gewöhnlichen Betten infolge der Friedlichkeit des deutschen Volkes zurücktritt, der aber, wenn einmal das Maß überschritten ist, das ganze Friedensgeschwäh der Internationalisten wegwäscht. Es ist leicht und bequem, zu sagen, das seien nur „einige chauvinistische Schreier“, aber die „Ain. Ztg.“ hatte vor einigen Tagen ganz recht, wenn sie auf die Imponderabillen hinwies. Die liegen hier tatsächlich vor, und wir wiederholen: man soll sich im Auslande darüber nicht täuschen, noch sich täuschen lassen. Deutschland ist entschlossen, eine aktive Außenpolitik zu treiben und will die Rolle des stummen Zuschauers aufgeben.

Ueber Englands Haltung in der marokkanischen Frage schreibt die „Nordd. Allgem. Ztg.“:

Ueber die Haltung Englands in der marokkanischen Frage waren nicht sowohl durch Äußerungen britischer Minister, wie durch Artikel in der Londoner und der Pariser Presse Zweifel entstanden. Die auf diese Weise in die europäische Lage hineingetragene Unruhe zu zerstreuen, war die Aufgabe, die der Premierminister Asquith sich in der von ihm vor dem Hause der Gemeinen am 27. d. M. abgegebenen Erklärung gestellt hatte. Der Leiter der englischen Regierung hat die in Pariser und Londoner Blättern angekündigte Absicht einer Einmischung Großbritanniens in territoriale Abmachungen anderer Großmächte über Gebiete von Westafrika außerhalb Marokkos als böswillige und völlig grundlose Erfindung zurückgewiesen. Diese bestimmte Absage an deutschfeindliche Drahtnoten in der Presse haben wir erwartet. Daß daneben Herr Asquith den bereits in seiner früheren Erklärung über Marokko enthaltenen Hinweis auf die Wahrung der eigenen Interessen Englands in Nordafrika unterstrichen hat, kann um so weniger befremden, als gerade die Lage, welche im Scharifischen Reich durch Handlungen außerhalb der Akte von Agceiras entstanden ist, auch den Anlaß zu der jüngsten Aktion gebildet und zu den Verhandlungen mit Frankreich geführt hat.“

— Einem großzügigen Ausbau der Binnenschiffahrtswege redete Prinz Ludwig von Bayern am Sonnabend im

Bischof v. Kettelers soziales Wirken.

(Von einem Schüler des vormaligen Bischofs.)

III. (Nachdruck verboten.)

Wie wurde Bischof v. Ketteler als sozialpolitischer Schriftsteller gewürdigt?

Mit allem Nachdrucke möchten wir hervorheben, daß das ganze Interesse, welches Bischof v. Ketteler der so genannten sozialen Frage schenkte, und was er in dieser Beziehung gearbeitet und geschrieben hat, nicht aus theoretischem Interesse, noch weniger aus politischen Absichten entsprungen ist, sondern einzig und allein aus der christlichen Liebe zum Volke und insbesondere zum armen Volke, und aus dem glühenden Verlangen, dessen zeitliches und ewiges Wohl zu fördern und es, und mit ihm die ganze menschliche Gesellschaft, vor dem furchtbaren Untergange zu bewahren, dem wir zutreiben. Mit diesem Urteile des Domdekan Dr. Heinrich, des vertrautesten Freundes und Beraters des Bischofs, stimmt völlig überein, was in den „Besten Lebenswachen Kettelers“ ganz allgemein ausgesprochen wird, daß man weit irrt, wenn man die schriftstellerische Tätigkeit des Bischofs als etwas hinstellen wollte, was von seinem geistlichen bischöflichen Verufe fernab gelegen und eine ganz neue Seite seines Wirkens gewesen sei. Nicht das Verlangen nach dem Ruhme eines geistreichen und gewandten Autors führte ihm die Feder, sondern die Sorge um das zeitliche und ewige Wohl und Wehe der Menschen. Ehe er zu arbeiten anfing und öfters mitten in der Arbeit kniete er vor seinem Schreibtische nieder und betete, daß Gott ihm helfe, etwas Rechtes und Gutes zu sagen. Ganz verschieden war die Aufnahme, welche das gefürchtete Wort des

ein Pfaff sein. Natürlich verschwieg der jüdische Antator die vom Bischofe angegebenen Hauptmittel zur Heilung der sozialen Uebel das Christentum und seine Kräfte, vollständig, kamen wie Religion und sittliches Verhalten wurden nicht einmal genannt.

Aus diesem verhärmten Lobe hat die nationale Legendenbildung ein Freundschaftsverhältnis zwischen Lassalle und Ketteler erblickt, das sogar zur Laus des Juden durch den Bischof geführt habe. So schrieb die „Nationalzeitung“ 1873: Bischof Ketteler ist ein ganz gewöhnlicher Demagoge und zwar weil er zugleich religiöse und wirtschaftliche Seherei treibt, ein noch schlimmerer und gefährlicherer Demagoge als z. B. Lassalle einer war, der, weil er mit Recht sich für eine mit Bischof Ketteler wohlverwandte Natur hielt, aus autem Grunde von Bischof Ketteler sich taufen ließ, wozu der Bischof auch bereit war, obwohl die Taufe zweifelsdenn nur das Substrat zum Freien einer Puhle sein sollte. Nicht Legende, sondern geschichtliche Tatsache ist nun aber, daß Bischof Ketteler Lassalle nie gesprochen, auch nicht getauft hat, Lassalle überhaupt als Jude im Zweifelsfalle gefallen ist.

In womöglich noch gebührender Weise verdiente der nationalliberale altkatholische Bürgermeister Fischer von Augsburg im Reichstage den Rainer Oberhirten, der damals selbst Reichstagsabgeordneter war, von der Tribüne herab bloßzustellen. Weil in der „Arbeiterfrage“ die letzte Konsequenz des Systems von absoluten Rechten der jetzmaligen Kammermajorität mit den Worten gezogen wurde: „Warum soll denn um des Himmels willen diese Majorität des Volkswillens auf einmal vor dem Geldbeutel der reichen Liberalen stehen bleiben?, daß auf einmal vor dem Geldbeutel der Millionäre die neue Weltordnung wie ver-